

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm besichtigte am Freitagmittag die neuen Hafenanlagen in Bremeröde, fuhr dann nach Bremen, wo er im historischen Kastell der Stadt des Senates war und reiste kurz nach 5 Uhr nach Berlin zurück.

* Der achzigste Geburtstag des Fürsten wurde überall in würdigster Weise gefeiert werden. Am Reichstage nimmt man von einer corporativen Belebung an der Feier Abstand. Man kann sich dort nicht einzuladen, Meinungsverschiedenheiten und politische Wideracherungen für einen Tag zu verhindern und an diesem einen Tage nur der Verdienste zu gedenken, zu deren Anerkennung doch jedermann bereit ist. So bleibt nichts übrig, als daß die Reichsboten nicht in Gemeinschaft, sondern bloß in Gruppen oder einzeln den Weg zur Feier finden.

* Nach einer Meldung des Hamm. Kurtr. steht es jetzt fest, daß der Staatsrat vom Kaiser persönlich mit einer Ansprache eröffnet werden wird.

* Zu dem Zusammentreffen des Kaisers mit dem Herzog von Cumberland in Wien, an das in der englischen Presse politische Folgerungen geknüpft worden sind, wird der Koss. Bdg. geweckt, daß nach bestimmten Versicherungen unterrichteter Kreise in Wien die Begegnung keinerlei politische Bedeutung hatte. Beide standen sich lediglich als Trauergäste zur Leidetrauer des Erzherzogs Albrecht ein. Kaiser Franz Joseph übernahm es bloß, seinem kaiserlichen Gaeste den Herzog von Cumberland vorzustellen.

* Der Gesetzentwurf betreffend Aufhebung des Zolluntergeseches sollte nach den bisherigen Nachrichten noch im Laufe des Monats März im Plenum des Bundesrats — der Gesetzentwurf ist bekanntlich zur Zeit den Ausschüssen des Bundesrats zur Beratung unterbreitet — zur Entscheidung kommen. Die Post schreibt jedoch die Nachricht bezweifelt zu wollen, indem sie mitteilt, sie habe erfahren, „daß sich mit dem Antrage des Grafen Hompesch das preuß. Staatsministerium bisher nicht befaßt hat“.

* Die von der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ des Reichstags eingesetzte Subkommission für die Margarinefrage schlägt vor, für Margarine die Darstellung in Königskarte gelegentlich einzuführen. Es soll über diesen Vorschlag noch das Gutachten von Chemikern eingeholt werden. Des weiteren beschäftigte sich die Kommission mit dem Antrag Baasche betr. die Reform der Puderbelastung. Der Antrag ist von einem Sonderausschuß des Bundes der Landwirte beraten worden und dieser Ausschuß bringt eine Reihe von Abänderungen in Vorschlag. Zu einem Besluß kam es nicht.

* Dem Vernehmen nach ist die sogenannte Sefundärbahnvorlage fertiggestellt und dürfte binnen kurzem dem preuß. Abgeordnetenkamme zugehen. Wie bereits in der Thronrede angekündigt, wird in der Vorlage ein Vertrag von mehreren Millionen Mark zur Unterstützung des Baues von Kleinbahnen ausgetragen.

* Die zweite württembergische Kammer nahm in namentlicher Abstimmung mit 64 gegen 18 Stimmen den Basis des Gesetzes auf Entfernung der Privilegierten (aus der Kammer), sowie auf Erfah durch in größerem Kreise gewählte Abgeordnete und mit 63 gegen 19 Stimmen die Proportionswahl an.

Frankreich.

* In der Deputiertenkammer bereiten mehrere kolonialistische Abgeordnete eine Intervention vor über die Entfernung eines französischen Geschwaders nach Afrika. Die Schiffe werden voraussichtlich der Mittelmeersflotte entnommen werden.

Belgien.

* Der Entwurf zu einem neuen Gemeindewahlgesetz in Belgien bezeichnete als Wähler die Senatswähler, die eine dreijährige Anlässigkeit in der Gemeinde nachweisen können, und verleiht eine Mehrstimme jedem 35 Jahre alten verheirateten Bürger oder Witwer mit

Kindern, wenn er an staatlicher Wohnungssicherung mindestens 5 Frank in Gemeinden bis 1000 Einwohner, 10 Frank in Gemeinden bis 10 000, 15 Frank in solchen bis 25 000, 20 Frank in Gemeinden über 25 000 Einwohner entrichtet. Eine zweite Mehrstimme erhält der Eigentümer liegenden Gutes von mindestens 150 Frank Kulturrateinkommen. Unter Vorbehalt dieser Bestimmungen regeln sich die übrigen Mehrstimmen nach dem Gesetz für die Senatswahlen bis zur Höchstzahl von vier Stimmen. Die jüngsten Gemeinderäte werden durch königl. Erlass bis spätestens 15. November d. aufgelöst.

Italien.

* In römischen Hoskreisen tritt neuerdings mit Bestimmtheit das Gericht von der Heirat zwischen den Kronprinzen von Italien und einer Tochter des Prinzen von Wales auf.

Spanien.

* In der Kammer legte der Minister für Kolonien einen Gesetzentwurf vor, durch welchen ein unbeschränkter Kredit für die Errichtung des Feldzugs auf Cuba verlangt wird.

* Nach Madrider Depeschen nimmt der Aufstand in Cuba eine für die Regierung günstige Wendung. Der Rebellenführer Baget hat sich ergeben. Der Aufstand in Matanzas ist beendet. Die spanischen Truppen schalten in Guantanamo umgesetzt, die dortigen wenig zahlreichen Aufständigen vermeiden einen Zusammenstoß. Drei Kanonenboote überwachen die Küste bei Santiago.

Australien.

* Die Neuordnung der russischen Botschaftsposten in Berlin und Wien soll noch im Laufe dieses Monats erfolgen.

* Kurt Lobanow reiste am Donnerstag nach Petersburg zur Übernahme des Ministeriums des Außen.

* Ein Kaiserl. Ullas schafft die Prügelstrafe ab, so weit sie gegen die Bauern zur Anwendung kam. Bis jetzt wurde diese grausame und erniedrigende Strafe in großem Maße angewandt. Die Bauern waren vollständig den örtlichen Richtern preisgegeben, die sehr oft die schreckliche Beiträgung aus reiner Grausamkeit anordneten. Dem Jar wurde dieser Tag eine Enthex erregende Statthit vorgelegt. In den letzten zehn Jahren kamen in Russland unter der Kralte mehr als 3000 unglaubliche und Leben; die meisten von ihnen hatte nur kleine Feldziehstädte begangen. Deshalb entschloß sich der Zar, das Prinzip der Bauern zu verbieten.

Balkanstaaten.

* Der bulgarische Ministerpräsident Stoilow ist in Wien beaufsichtigt der Belebung des Accisekreis eingetroffen. Wie es heißt, soll er zugleich auch mit dem noch in Wien weilenden neuen russischen Minister des Auswärtigen Fürsten Lobanow Unterhandlungen wegen einer Aussöhnung Russlands mit Bulgarien anzuknüpfen versuchen.

Amerika.

* Infolge des immer größeren Ausdehnung annehmenden Aufstandes in den vereinigten Staaten von Columbia hat das Washingtoner Kabinett beschlossen, nordamerikanische Kriegsschiffe dorthin zu entsenden. Die beiden Kreuzer „Raleigh“ und „Atlanta“ erhielten Befehl, sich unverzüglich nach Panama zu begeben.

Afrika.

* Auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz hat die japanische Armee eine weitere Etappe auf dem Wege nach Pudsen zurückgelegt. Die dritte japanische Division hat Angosthong, auf dem Wege nach Pudsen, ohne Widerstand besiegt.

* Die Unruhen in verschiedenen Teilen Chinas nehmen zu; in der Provinz Shantung wurde General Who, der die Plünderungen zu unterdrücken versuchte, von seinen Soldaten entbaut.

Deutscher Reichstag.

Am Donnerstag wird die Beratung des Militär-Gesetzes bei Kap. 20 (Gouverneure, Komman-

danten u. s. w.) bezüglich des Kommandanten von Altona fortgesetzt. Die Kommission hat in ihrer wiederholten Beratung gegen die Stimmen der Freikonservativen und Sozialdemokraten beschlossen die Kommandantenkette (9900 Mill.) zu bestimmen. Der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff vertritt sich nochmals gegen den Vorwurf, daß er eine Verleugnung des Gnadechts beabsichtigt habe.

Nachdem sich die Abg. Schröder (Centr.), v. Massow (Centr.), v. Karadoff (freit.), Lieber (Centr.) für, die Abg. Bachmann (fr. Bp.), Richter (Bp.), Böbel (soz.) gegen den Antrag der Kommission ausgetreten waren, wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen, ebenso die Kap. 22 und 23. Bei Kap. 24 (Geldverpflichtung der Drayen) erhält das Wort der Abg. v. Vollmar (soz.):

„Es ist wiederum im Vorjahr passiert, daß Soldaten zu ländlichen Arbeiten freigegeben wurden und so den eigentlichen Arbeitern schwere Konkurrenz gemacht haben.“

Das ist ein Mißbrauch. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erklärt,

daß er dem Gedanken sympathisch gegenüberstehe.

Abg. Schröder (Centr.): Die bisherige Verpflichtung der Soldaten ist nichtzureichend, besonders nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit nicht.

Ich beantrage daher, daß die Berichte mit warmer Abendstimmung fortgesetzt werden und, wenn sich die Einrichung bewährt, daß in den Etat 1890/91 ein

Heft (von 8 Mill.) zu diesem Zweck eingesetzt wird.

Abg. Schröder (Centr.): Ich will nur,

dass die Verpflichtung eine bessere werde.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Die Militärverwaltung steht jeder Anregung dankbar

gegenüber, die die Aufbesserung der materiellen Lage der Soldaten anbietet.

— Sozialsekretär Graf Polabowsky:

Wenn Sie für den Antrag ein-

treten, werden die Regelungen sich nicht weigern;

8¹/2 Mill., die zur Aufbesserung nötig wären, können wir aber nicht ausgeben, da Sie uns neue Mittel gewähren.

— Abg. Richter (fr. Bp.): Wir alle

wollen bessere Verpflichtung. Wenn Sie bisher nicht

eingesetzt wurde, ist daran schuld, daß jede

Verkürzung der Dienstzeit eine Erhöhung der Kosten

bedeutet. Wir sollen nur aber jährlich 8¹/2 Mill. her-

bekommen? Durch neue Steuern? Die müßte ich erst

finden, ehe ich das Geld benötige. Ich beantrage diesen

und den Antrag v. Böddelski der Budgetkommission zu überweisen.

Nachdem noch die Abg. von

Vollmar (soz.) für und Hammacher (nat. lib.) gegen die Anträge geworfen werden, werden dieselben an die Budgetkommission verwiesen.

Bei Kap. 26 hat die Budgetkommission beantragt: Die Militär-

Verwaltung wolle die Begebung der Duke zentralisieren, auch einen größeren Kreis von Submittenten

zu lassen. Die Budgetkommission hat außerdem be-

antragt, aus dem Befreiungsfonds 1¹/2 Million zu

streichen. Der Beschluss der Budgetkommission wird nach langer Debatte angenommen und Kap. 26 be-

billigt. — Bei Kap. 29 (Militär-Medizinalbeamte)

berichtet der Kriegsminister auf eine Anfrage

des Abg. v. Vollmar, weshalb das Publizum

von den Ergebnissen mit dem kleinsten Gewicht

nur durch den Vortrag eines Arztes in Rom gehörte

habe: Die Berichte, die an allen Pferden und Brü-

arten ausgetauscht sind, haben den Arzten vor-

angängiges Material geliefert; verdeckt haben wir

die Berichte vor den Sozialverbänden aller Länder in

Rom, denn der Kriegsminister

gewünscht, den Atlas, der 60 Mill. kostet, in alle Schau-

fenster zu legen. Photographic Bilder aus

Kliniken haben nur für den Fachmann Interesse. Ich

halte die neue Waffe für die humanitäre. Wenn schon

mal gekauft wird, ist es human, um Soldaten

die beste Waffe zu geben, die den Feind für 30 Jahre

zurückdringt. Bei Kap. 34 (Reisen und Tage-

reise) fordert Abg. Bödel (soz.) das jetzt bestolze

System. — Schatzkönig Graf Polabowsky be-

merkt, er geht zu, daß das heutige System des

Reisekosten nicht zu halten sei, außerdem die finan-

zielle Vorteile würden aber durch eine Ände-

rung nicht eintreten. Nachdem bei Kap. 35 (Militär-

Ersatzabgabe) noch eine Resolution bei der

Aufbesserung des Gehalts der Volksschullehrer an-

den Unterrichtsschulen angenommen wird, wird der Rest

des Ordinariums ohne Debatte genehmigt. Darauf

wird die Sitzung vertagt.

Darauf wird der Artikel noch langer Debatte in der Kommissionssitzung angenommen. Zu Art. 5 (Volksschulverpflichtung) hat Abg. v. Böddelski (Centr.) beantragt, zu veranlassen, daß für das Staatsjahr 1890/91 die Mittel bewilligt werden, um den Quartierwitten, die während der Übungen der Truppen die Verpflichtung freiwillig übernehmen, eine Vergütung nach den Sätzen der Marktwertsteuerung gewährt zu können. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erklärt,

daß er dem Gedanken sympathisch gegenüberstehe.

— Abg. Schröder (Centr.): Die bisherige Verpflichtung der Soldaten ist nichtzureichend, besonders nach

Einführung der zweijährigen Dienstzeit nicht.

Ich beantrage daher, daß die Berichte mit warmer

Abendstimmung fortgesetzt werden und, wenn sich die Einrich-

ung bewährt, daß in den Etat 1890/91 ein

Heft (von 8 Mill.) zu diesem Zweck eingesetzt wird.

Abg. Schröder (Centr.): Ich will nur,

dass die Verpflichtung eine bessere werde.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Die

Militärverwaltung steht jeder Anregung dankbar

gegenüber, die die Aufbesserung der materiellen

Lage der Soldaten anbietet.

— Sozialsekretär Graf Polabowsky:

Wenn Sie für den Antrag ein-

treten, werden die Regelungen sich nicht weigern;

8¹/2 Mill., die zur Aufbesserung nötig wären, können wir aber nicht ausgeben, da Sie uns neue Mittel gewähren.

— Abg. Richter (fr. Bp.): Wir alle

wollen bessere Verpflichtung. Wenn Sie bisher nicht

eingesetzt wurde, ist daran schuld, daß jede

Verkürzung der Dienstzeit eine Erhöhung der Kosten

bedeutet. Wir sollen nur aber jährlich 8¹/2 Mill. her-

bekommen? Durch neue Steuern? Die müßte ich erst

finden, ehe ich das Geld benötige. Ich beantrage diesen

und den Antrag v. Böddelski der Budgetkommission zu überweisen.

Nachdem noch die Abg. von

Vollmar (soz.) für und Hammacher (nat. lib.) gegen die Anträge geworfen werden, werden dieselben an die Budgetkommission verwiesen.

Bei Kap. 26 hat die Budgetkommission beantragt: Die Militär-</